



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
27.05.2020

BIHK-Konjunkturumfrage: Bayerische Wirtschaft erreicht Corona-Tiefpunkt

Gößl: „Historischer Absturz erfordert wirksames Maßnahmenpaket für zügigen Neustart“

München – Die Corona-Pandemie hat zu einem historischen Einbruch in der bayerischen Wirtschaft geführt. Seit Jahresbeginn ist der BIHK-Konjunkturindex von 118 auf 81 Zähler abgestürzt. Das ist der bei weitem größte Stimmungsdämpfer zwischen zwei aufeinanderfolgenden Erhebungen seit Umfragebeginn im Jahr 1993. Der Indexwert liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt und erreicht in etwa die Tiefpunkte der Finanzkrise 2009 sowie der New-Economy-Krise Anfang der 2000er Jahre, so die aktuelle Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). An der Erhebung beteiligten sich Mitte Mai rund 4.000 Unternehmen im Freistaat.

„Die Corona-Krise und der Shutdown haben der Wirtschaft quer durch fast alle Branchen massiv zugesetzt. Die Rückkehr zur Normalität wird ein langer und steiniger Weg. Ein wirtschaftspolitisches Gesamtpaket aus Entlastungen für die Betriebe und Rückenwind für Investitionen für einen zügigen Neustart ist daher dringend notwendig“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. „Es gibt aber auch Silberstreifen am Horizont: Jedes fünfte Unternehmen ist selbst am jetzigen Tiefpunkt mit seiner Geschäftslage zufrieden, mehr als jedes Dritte nennt die aktuelle Situation befriedigend. Zudem sind die Betriebe optimistischer als in der Finanzkrise. Mehr als die Hälfte der Betriebe erwartet in den kommenden zwölf Monaten gleichbleibende oder bessere Geschäfte“, so Gößl.

„Sofern die Corona-Lockerungen zügig voranschreiten, eine zweite Infektionswelle ausbleibt und die Wirtschaft von der Politik jetzt ausreichend Rückenwind bekommt, dürfte der absolute Tiefpunkt der Krise bereits hinter uns liegen“, sagt der BIHK-Chef. Er unterstreicht, dass in der Umfrage 82 Prozent der Befragten weitere direkte staatliche Unterstützungsmaßnahmen ablehnen. „Auch das ist ein Zeichen der Zuversicht und des gesunden Selbstvertrauens unserer Unternehmer. Außerdem wissen die Betriebsinhaber nur zu gut, dass die Fördermittel von heute die Steuererhöhungen von morgen sind.“

Finanziell scheint die überwiegende Mehrheit der Betriebe bislang noch relativ gut durch die schwere Krise zu kommen: Mit Liquiditätsengpässen in den kommenden Monaten rechnet aktuell rund ein Fünftel der Unternehmen. Von einem schlechten oder gar kei-

nem Zugang zu Krediten berichten 12 Prozent der Betriebe. Eine Insolvenz befürchten immerhin 6 Prozent der Befragten. Die negativen Rückmeldungen stammen vermehrt aus den Branchen mit verzögerter Öffnungsperspektive wie Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel sowie Messe- und Veranstaltungswirtschaft.

„Das größte Problem für die Wirtschaft ist derzeit die enorme Unsicherheit über die weitere Geschäftsentwicklung“, sagt Gößl. Fast zwei Drittel der Befragten berichten über Schwierigkeiten, an neue Aufträge zu kommen. Bestehende Aufträge würden in vielen Fällen storniert. Als Folge der unsicheren Aussichten halten sich die Unternehmen mit Investitionen äußerst stark zurück: 30 Prozent der Betriebe investieren in den kommenden zwölf Monaten gar nicht – dies ist der weitaus höchste Wert seit Beginn der Befragung. Die Mehrheit der Unternehmen hat zudem schnell mit Personalmaßnahmen auf die Corona-Krise reagiert. Dabei stehen Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten und natürliche Fluktuation an erster Stelle. Betriebsbedingte Kündigungen gibt es aktuell nur bei acht Prozent der Unternehmen. Mittelfristig will jedes dritte Unternehmen seine Belegschaft reduzieren; jedes zwanzigste Unternehmen will Personal aufbauen.

„Angesichts dieser gravierenden Krisen-Auswirkungen sind jetzt für den Neustart dringend geboten: erstens die Öffnungsperspektiven für alle Branchen, zweitens Entlastungen für die Betriebe, um Investitionen zu ermöglichen und ihre Eigenkapitalbasis zu stärken, sowie drittens von staatlicher Seite ein Befreiungsschlag bei der Bürokratie und mehr Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur und Digitalisierung“, so BIHK-Chef Gößl.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern und dem Genossenschaftsverband Bayern hat der BIHK dazu einen umfassenden Forderungskatalog entwickelt. Er enthält zahlreiche Vorschläge zu steuerlichen Entlastungen, darunter Verlustverrechnungen und Erleichterungen für betriebliche Investitionen. Gefordert wird auch ein Belastungsmoratorium beim Thema Bürokratie. So müssten im Rahmen der Sustainable-Finance-Gesetzgebung vorgesehene, unerfüllbare Prüf- und Informationspflichten bei Banken und Unternehmen verhindert werden. Ansonsten drohe eine Kreditklemme, heißt es in dem gemeinsamen Positionspapier „Neustart für Alle“. Ebenso werden Einschränkungen von Befristungsmöglichkeiten im Arbeitsrecht abgelehnt. Zusätzliche Einstellungsbarrieren würden den notwendigen Beschäftigungsaufbau behindern.

Die Energiepreise sind laut den Vorschlägen ebenfalls ein großer Hebel für den Neubeginn: Deutschland sei ohnehin das Land mit den europaweit höchsten Industriestrompreisen. „Das ist ein schwerer Rucksack für den Neustart“, sagt BIHK-Chef Gößl. Er fordert deswegen eine deutliche Absenkung der EEG-Umlage sowie der Stromsteuer. Gerade die stromkostenintensive Industrie brauche einen verlässlichen und wettbewerbsfähigen Industriestrompreis, der 40 Euro je Megawattstunde nicht überschreiten dürfe. Außerdem müsse der Start des nationalen Emissionshandels für die mittelständische Industrie auf 2023 verschoben werden.